

Protokoll

der 13. Regionalplanungskonferenz
„Eingliederungshilfe Wohnen“
in erweiterter Form
für den Kreis Gütersloh
am 23.08.2021 als Videokonferenz

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 11.45 Uhr

Tagesordnung:

TOP 1: Weiterentwicklung von Wohnformen in der Eingliederungshilfe

Frau Schmitz begrüßt die Anwesenden zur 13. Regionalplanungskonferenz in erweiterter Form im Kreis Gütersloh. Die Teilnehmerliste ist als Anlage 1 beigefügt.

Ergänzungen zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen.

Zu TOP 1 „Weiterentwicklung von Wohnformen in der Eingliederungshilfe“:

Frau Schmitz erläutert mit Hinweis auf in der Vergangenheit enthaltene Plätze im Krankenhausbedarfsplan, dass zusätzliche Wohnangebote der Eingliederungshilfe in den Kreis Gütersloh verlagert werden könnten. Im Rahmen dieser Regionalplanungskonferenz sollen vor diesem Hintergrund Versorgungslücken für näher zu definierende betroffene Zielgruppen herausgearbeitet werden.

„Zahlen, Daten, Fakten“:

Frau Mäusbacher stellt zunächst die Zahlen, Daten, Fakten vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt (Anlage 2). Frau Mäusbacher weist darauf hin, dass es im Kreis Gütersloh 48 intensiv-ambulante Wohnplätze gibt, die in den dargestellten Zahlen jedoch nicht enthalten sind.

Laut Einschätzung der EUTB wünschen sich viele Eltern behinderter erwachsener Kinder eine Versorgung ihrer Kinder mit Gleichaltrigen. Eine Versorgungslücke werde zudem für Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung gesehen. Darüber hinaus fehlen Angebote im Bereich der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung (ISB).

Die Bedarfe sind daher nach Einschätzung von Frau Mäusbacher sehr vielfältig. Auch werden Angebote für Menschen mit herausforderndem Verhalten benötigt.

Frau Schmitz eröffnet die Diskussion.

Herr Dr. Hundt sieht einen hohen Bedarf an geschützten Wohnplätzen für Menschen mit einer Doppeldiagnose. Herr Köhler unterstreicht diese Einschätzung. Auch er sieht eine Versorgungslücke für chronisch erkrankte Menschen. Nach seiner Einschätzung sei bei der Versorgung dieses Personenkreises insbesondere auch das Vorhandensein medizinischer Kompetenz wichtig.

Herr Bartkowiak sorgt sich um die Auswirkungen der Corona-Pandemie und erfragt, ob die Auswirkungen schon ersichtlich seien, da es sich um Zahlenmaterial handelt, dass vor Beginn der Pandemie erhoben worden sei. Frau Mäusbacher geht davon aus, dass die Pandemie keine großen Auswirkungen auf die Zahlen haben wird. Für den Bereich der Suchtkranken kann jedoch noch keine Aussage getroffen werden.

Herr Birth bestätigt, dass es eine große Interessengruppe für ein besonderes umfangreich ausgestaltetes Wohnangebot für Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung gebe.

Frau Klingert bemängelt die vielen Abkürzungen innerhalb der Präsentation. Zudem vermisst sie Aussagen zu Menschen mit psychiatrischen Auffälligkeiten und einem ergänzenden pflegerischen Unterstützungsbedarf. Diese Personen werden derzeit als Einzelfälle gehäuft in Pflegewohngemeinschaften versorgt.

Herr Stasiuk unterstreicht die Aussage von Frau Klingert. Seine Einrichtung ist noch immer nicht barrierefrei. Eine Vermittlung in eine Pflegeeinrichtung gestaltet sich sehr schwierig. Zudem liegen in diesem Jahr verhältnismäßig viele Anfragen (über 20) für intensive Betreuungsformen vor. Die Versorgung in einem ambulanten Setting sei für diese Personen nicht möglich.

Herr Voss bittet Herrn Dr. Hundt um Konkretisierung seiner Einschätzung. Herr Dr. Hundt führt aus, dass die Anzahl der psychiatrischen Erkrankungen aufgrund von Drogenkonsum gestiegen seien. In diesem Bereich sieht Herr Dr. Hundt eine Versorgungslücke. Es drohe eine zunehmende Chronifizierung der vermehrt jüngeren Menschen. Zur Herbeiführung einer abstinenter Lebensweise sei oftmals ein geschütztes Setting nötig. Persönlichkeitsstörungen und aggressives Verhalten nehmen deutlich zu. Hinzu komme ein erhöhter Medienkonsum. Auf Nachfrage von Frau Klingert schätzt er den Bedarf der 18 bis 65-jährigen in diesem Bereich auf ca. 10 bis 20 Personen.

Frau Klingert fragt nach, ob es zwischenzeitlich Versorgungsangebote für Menschen gibt, die aus dem Maßregelvollzug entlassen werden.

Frau Mäusbacher weist darauf hin, dass dem LWL ausschließlich die Menschen bekannt werden, für die der Maßregelvollzug keine Perspektive finden würde. In den letzten zwei Jahren habe es für den Kreis Gütersloh keine Anfragen in dieser Richtung mehr gegeben. Frau Arntz ergänzt, dass die Personen den Maßregelvollzug auch ohne Anschlussversorgung verlassen können. Herr Göke weist in diesem Zusammenhang auf die Runden Tische hin. Gespräche mit einem Leistungserbringer laufen bereits hinsichtlich eines besonderen Angebotes im Einzelfall.

Frau Schmitz fasst zusammen, dass es Versorgungslücken insbesondere für junge Menschen, Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung sowie im Rahmen geschützter Unterbringungen gebe. Frau Klingert ergänzt den Personenkreis der pflegebedürftigen behinderten Menschen.

Herr Stasiuk fragt, ob auch die oftmals gewaltbereiten Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und forensischem Hintergrund, die schnell überfordert sind und im ambulanten Setting nicht versorgt werden können, im Fokus seien. Frau Arntz antwortet, dass diese Zielgruppe nicht im Fokus war, wobei diese Personen unter die Zielgruppe der Menschen mit außergewöhnlich intensiven Hilfebedarfen gefasst werden könne.

Frau Schmitz bittet auf ungedeckte Bedarfe hinzuweisen, so dass diese bei der weiteren Planung Berücksichtigung finden können.

Frau Lusgina bestätigt den Betreuungsbedarf von Menschen mit forensischem Hintergrund. Diese Angebote benötigen eine besondere Vorbereitung der Mitarbeitenden, auch vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Betreuung. Kenntnisse und Erfahrungen seien sehr wichtig. Viele Einrichtungen seien daher eher zurückhaltend bei diesem Personenkreis. Auch die Auswirkungen eines Rückfalls können sehr groß sein. Viele Personen würden derzeit ohne ein notwendiges Betreuungsangebot entlassen.

Frau Klingert bittet nunmehr zu handeln, da die Bedarfe lange bekannt sein sollten.

Frau Arntz weist auf die besonderen Umstände hin. Diese Veranstaltung sollte schon vor einem Jahr stattfinden. Sowohl dem LWL als auch dem Kreis Gütersloh sei es wichtig, dass die Leistungserbringer Gelegenheit bekommen, sich zu den Bedarfen zu äußern.

Herr Stasiuk teilt mit, dass es in der Wohnbetreuung Forensiker gebe, wo sich Mitarbeitende nicht mehr hin trauen. Die Anzahl der „Kamikazeflieger“ nehme zu. Oftmals würden diese Personen einfach entlassen. Bereitschaft zur Zusammenarbeit bestehe nicht immer. Gute fachlich qualifizierte Mitarbeit sowie ein hierauf ausgerichtetes Setting würden benötigt.

Herr Dr. Hundt weist darauf hin, dass durch entsprechende Angebote frühzeitiger präventiv interveniert werden sollte, um ein Aufenthalt in der Forensik zu vermeiden. Die Verweildauer in der Forensik sei oft nur sehr kurz.

Frau Klingert und Herr Birth ist es wichtig, dass für alle genannten Bedarfsgruppen Angebote mit neuen Konzepten und qualifizierten Mitarbeitenden geschaffen werden. Umfänglich Betreuungsangebote – egal ob stationär oder in intensiver ambulanter Form – würden benötigt.

Frau Klingert kritisiert die Zusammenarbeit zwischen LWL und Kreis Gütersloh. Frau Koch teilt die Ansicht einer schlechten Zusammenarbeit nicht. Sie werde zukunftsorientiert mit Nachdruck versuchen, die Dinge voranzutreiben. Am Kreis Gütersloh werde dies nicht scheitern. Frau Arntz beurteilt die Zusammenarbeit mit dem Kreis Gütersloh ebenfalls als gut.

Herr Helling-Voss teilt mit, dass deutlich geworden sei, dass es klare Bedarfslagen gebe. Hieraus müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Bethel habe die Möglichkeiten, Angebote für Menschen mit außergewöhnlichen Unterstützungsbedarfen zu schaffen. Ein guter Ausgangspunkt für weitere Gespräche sei geschaffen worden.

Frau Schmitz fasst zusammen, dass die nächsten Schritte nun gemeinsam mit dem LWL zu besprechen und planen seien.

Frau Klingert fragt nach einer konkreten Zeitschiene.

Frau Arntz wird noch dieses Jahr erste konzeptionelle Ansätze erarbeiten und zu Beginn des kommenden Jahres innerhalb der nächsten Regionalplanungskonferenz – nach Möglichkeiten in Präsenz – vorstellen.

Herr Bartkowiak bringt zum Ausdruck, dass es ihn traurig mache, dass immer mehr junge Menschen betroffen sind. Er fragt, ob im Bereich der Prävention auch vor dem Hintergrund der Pandemie einiges neu justiert werden müsse.

Herr Köhler führt aus, dass Prävention durch die Caritas im Bereich Sucht bereits etabliert sei. Die Notwendigkeit einer neuen Einrichtung mit ärztlicher und psychiatrischer Kompetenz werde klar gesehen.

Herr Dr. Hundt ergänzt, dass sich auch familiäre Strukturen verändert haben. Eine bessere Aufklärung und Erreichbarkeit – insbesondere alleinerziehender Mütter – müsse erreicht werden. Hierbei handele es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die LWL-Klinik sei hier nur ein kleiner Faktor.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Angebote für junge Menschen sowie Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung fehlen. Zudem gibt es eine Versorgungslücke für Menschen mit teilhabesichernden und intensiven pflegerischen Bedarfen. Auch werden Angebote für Menschen mit drogenindizierten Psychosen, herausforderndem Verhalten und forensischem Hintergrund in fakultativ geschlossener Form benötigt. Hier gilt es auch präventive Ansätze zu finden.

Die Sitzung wurde gegen 11.45 Uhr geschlossen.

Anlagen:

1. Anwesenheitsliste
2. Präsentation des LWL

Teilnehmende (Anlage 1)

Frau Koch (Kreis Gütersloh) – ab 11.20 Uhr
Frau Schmitz (Kreis Gütersloh)
Frau Tanski (Kreis Gütersloh)
Herr Falkenrich (Kreis Gütersloh)
Herr Köhler (Kreis Gütersloh)
Frau Schlüter (Kreis Gütersloh)

Herr Göke (LWL)
Frau Arntz (LWL)
Frau Mäusbacher (LWL)
Frau Pöppelmann (LWL)
Frau Schlößer (LWL)

Herr Vincke (Grüne-Fraktion)
Herr Bartkowiak (FDP-Fraktion)

Herr Dr. Hundt (LWL-Klinik)

Frau Aistermann (Stadt Gütersloh)

Herr Birth (Lebenshilfe)
Frau Flansburg
Frau Hauhart
Herr Helling-Voss und Herr Voss (Bethel)
Herr Huneke (wertkreis)
Frau Klingert (Verein Daheim e.V.) +
Frau Lulgina (FLEX Eingliederungshilfe)
Herr Maasjost (Hephata)
Herr Marquardt (Zirkel)
Herr Roth (Unser Haus)
Herr Schmidt (Zirkel)
Frau Schröder
Herr Stasiuk (Haus Nordhorn)
Herr Strewe (Komet e.V.)
Frau Miller (Bonitas)
Frau Maasjost

Erweiterte Regionalplanungskonferenz Kreis Gütersloh

23.08.2021



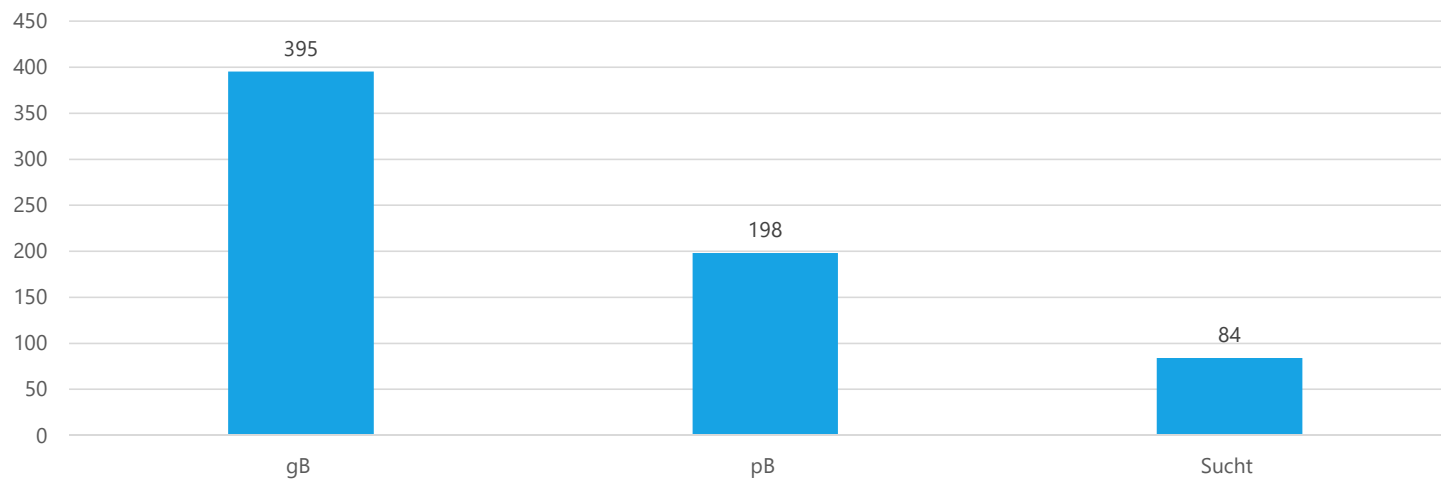


Weiterentwicklung von Wohnformen in der Eingliederungshilfe

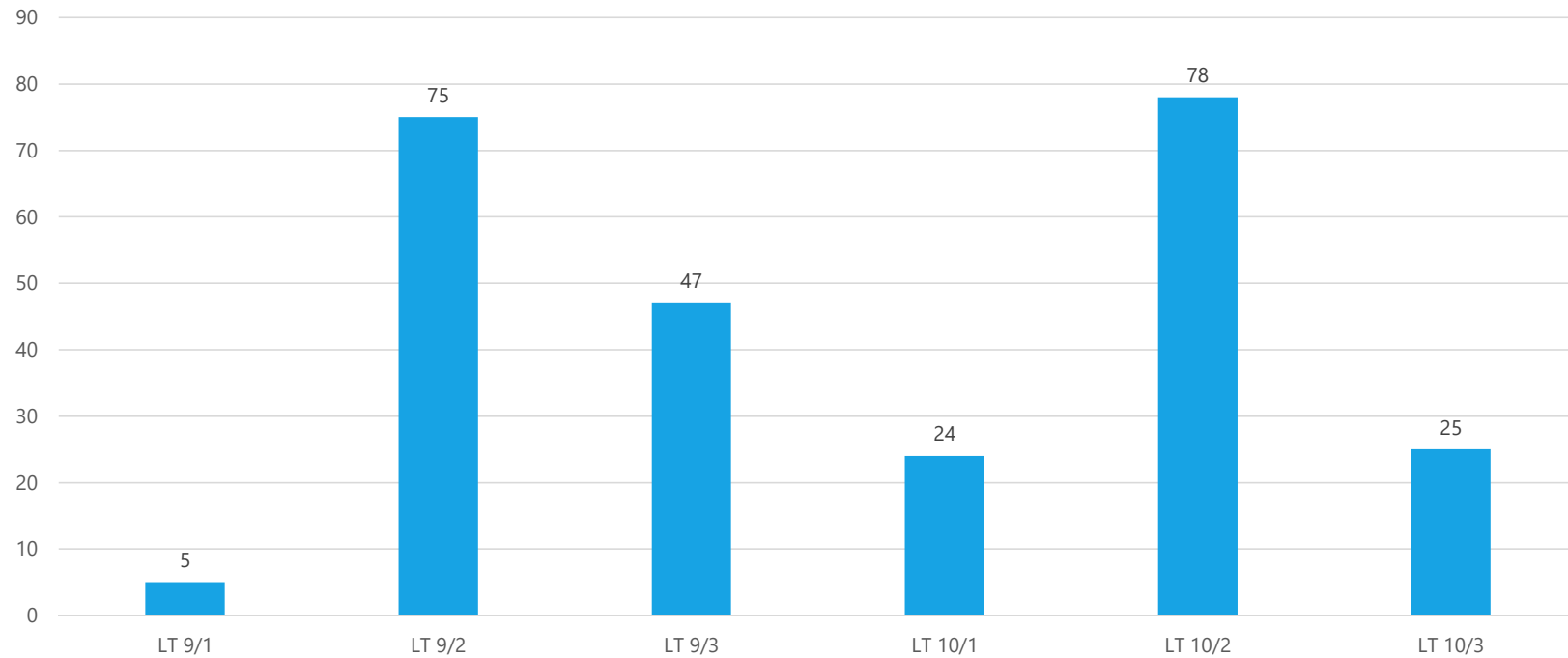
Aktuelle Situation im Kreis Gütersloh

- 361 828 Einwohner gesamt, 226 488 Einwohner in der Altersgruppe 18-65 Jahre (01.01.2018)
- 677 Plätze in besonderen Wohnformen, davon 69 in Außenwohngruppen (31.12.2019)

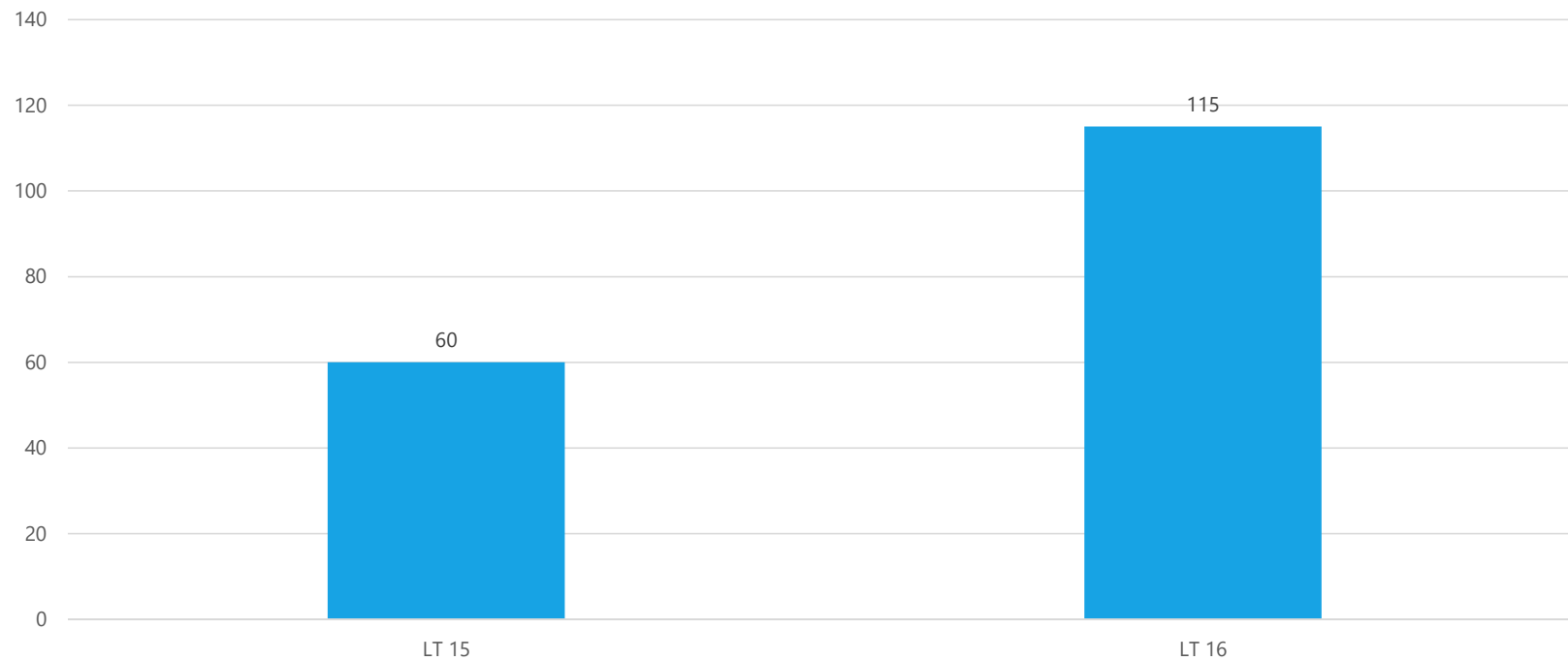
Vorhandene Wohnplätze nach Personengruppen



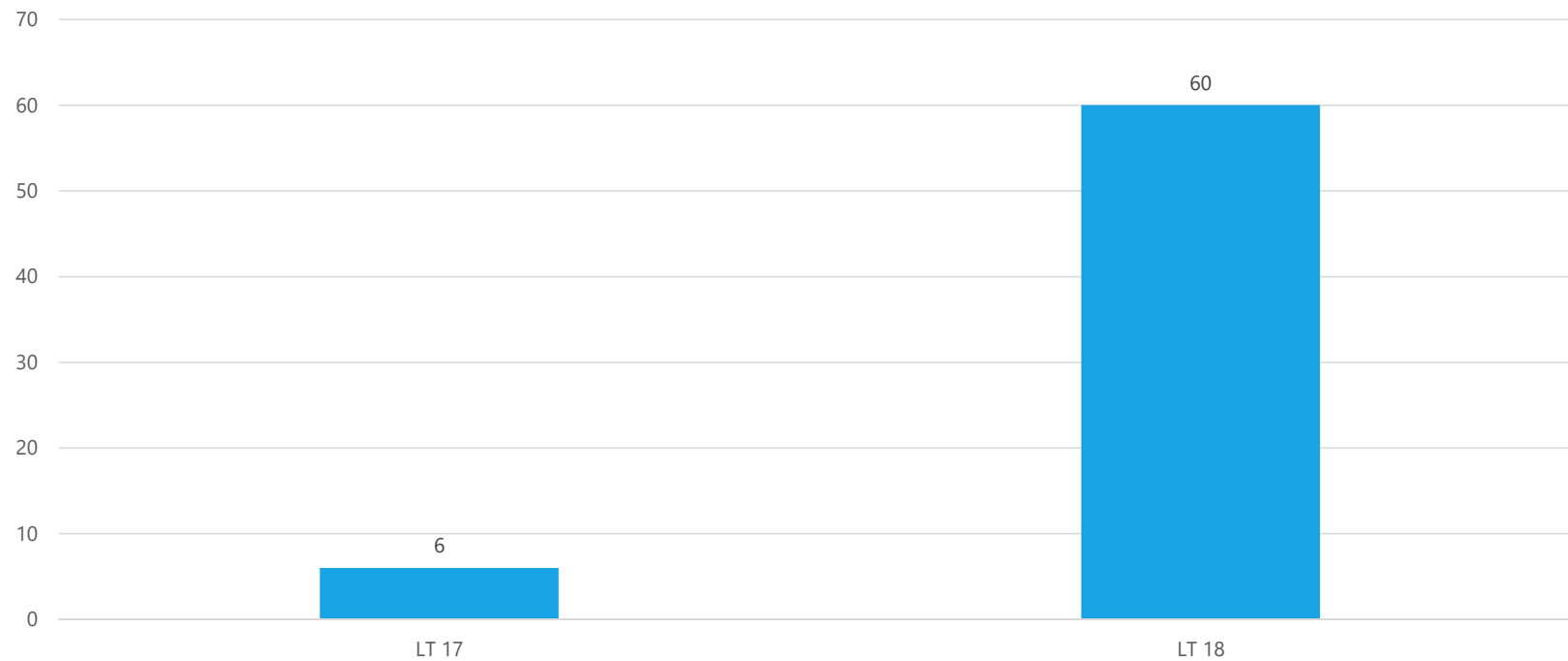
Menschen mit geistiger Behinderung



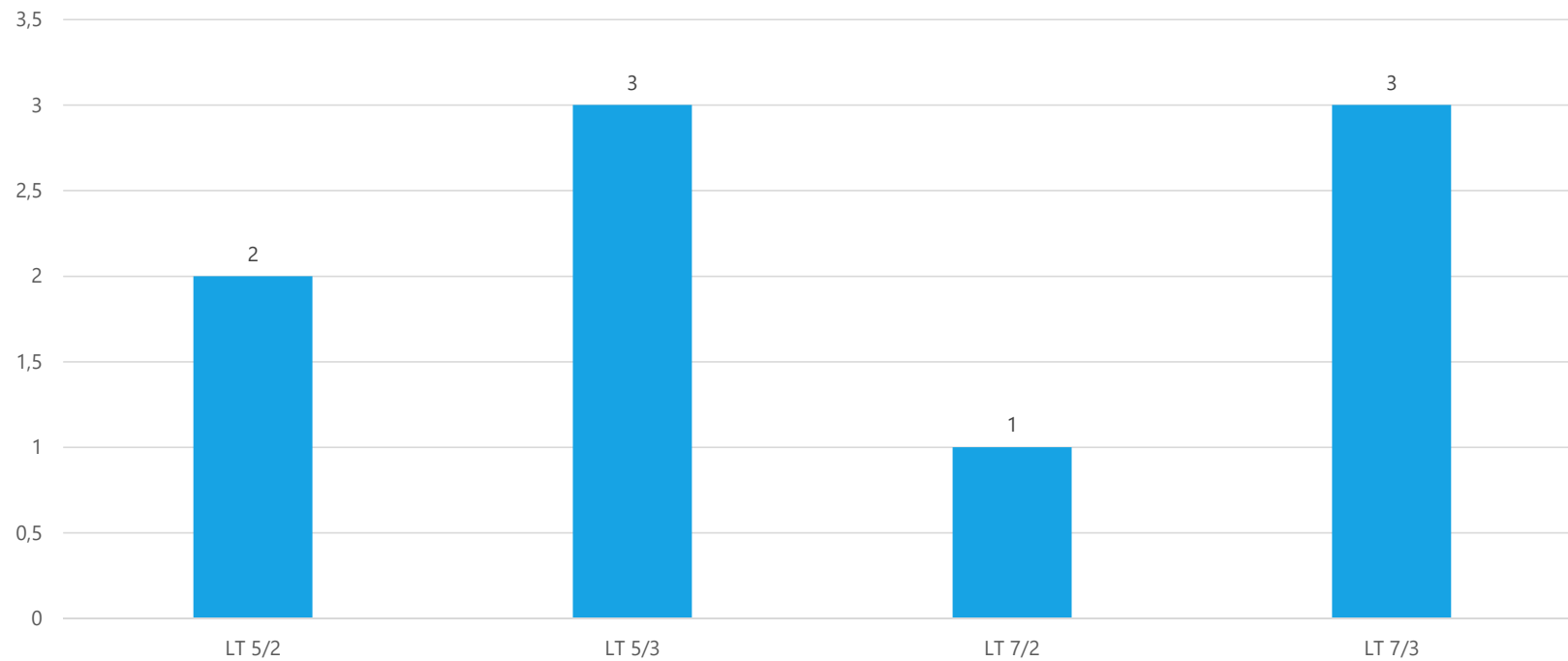
Menschen mit psychischer/ seelischer Behinderung



Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen

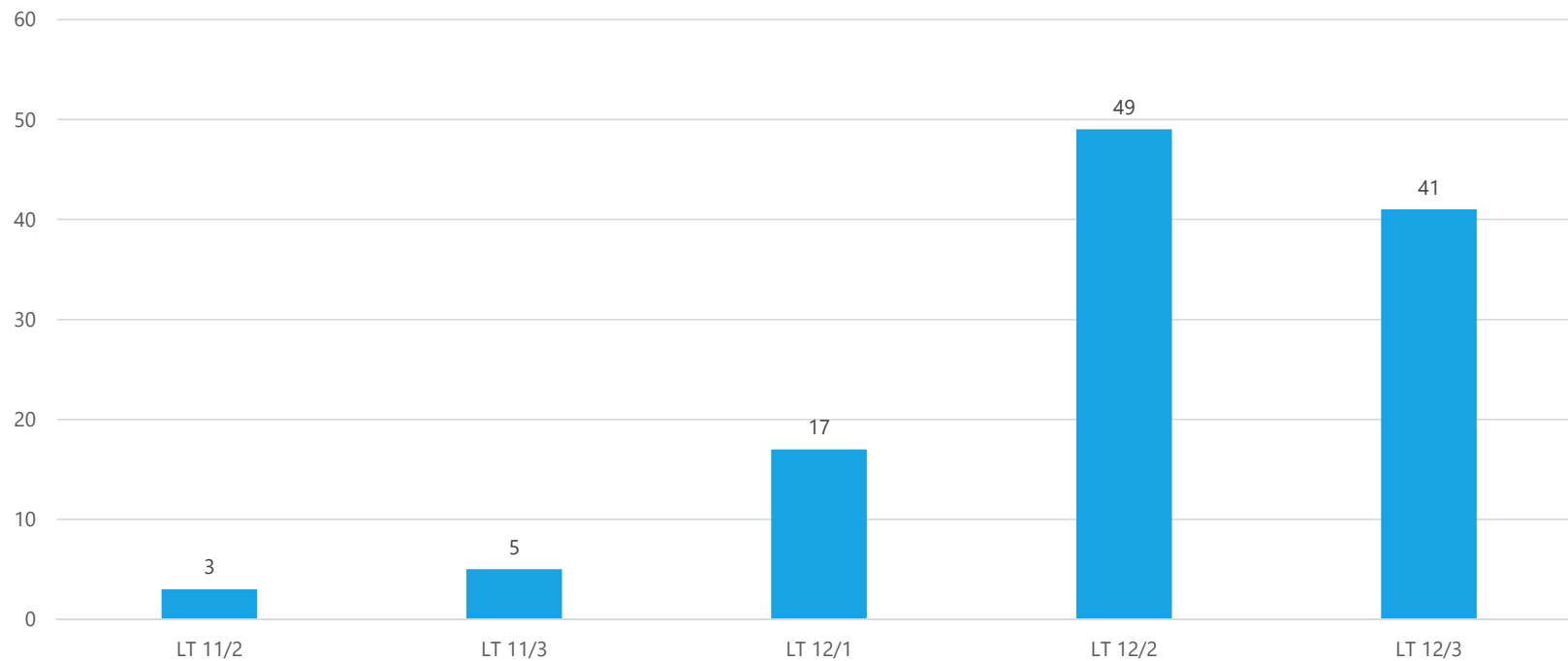


Volljährige in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

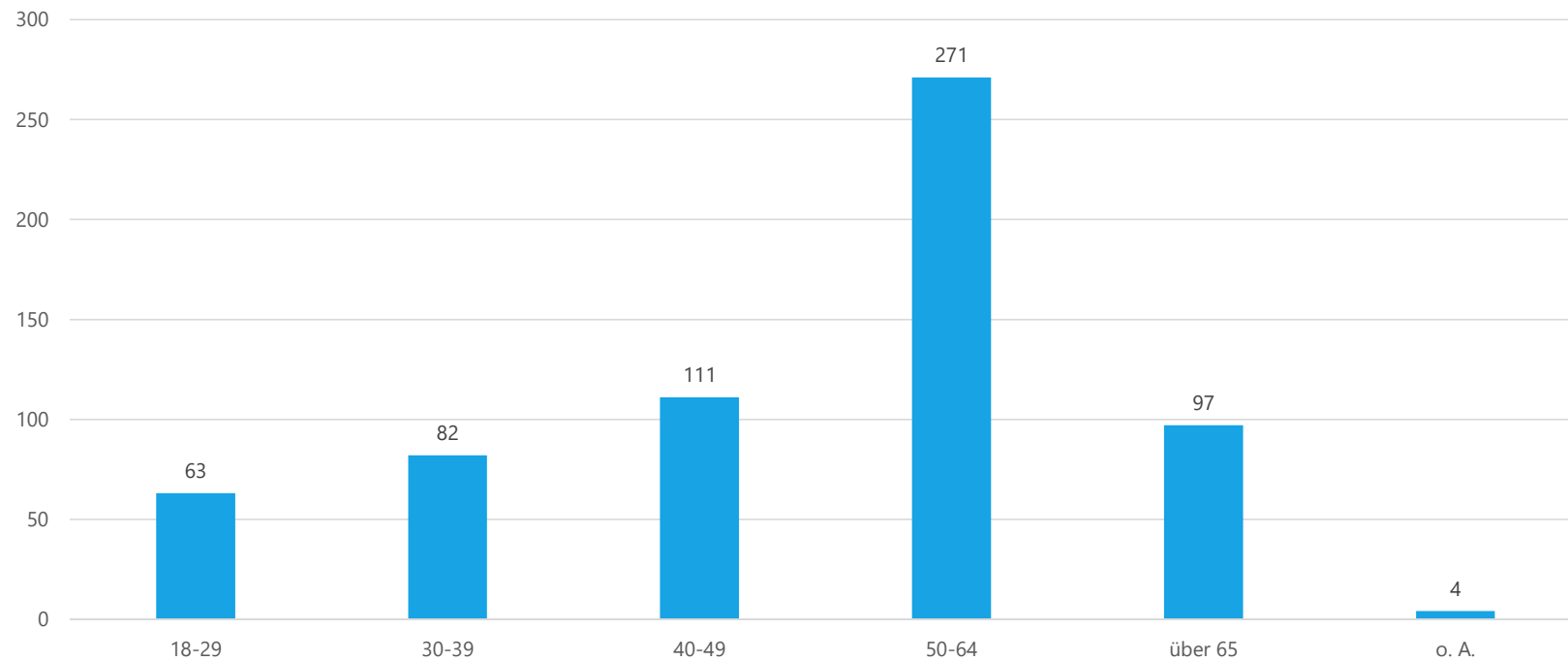


Menschen mit Mehrfachbehinderungen

Davon 107 in besonderen Wohnformen für gB., 8 in bes. Wohnformen für pB

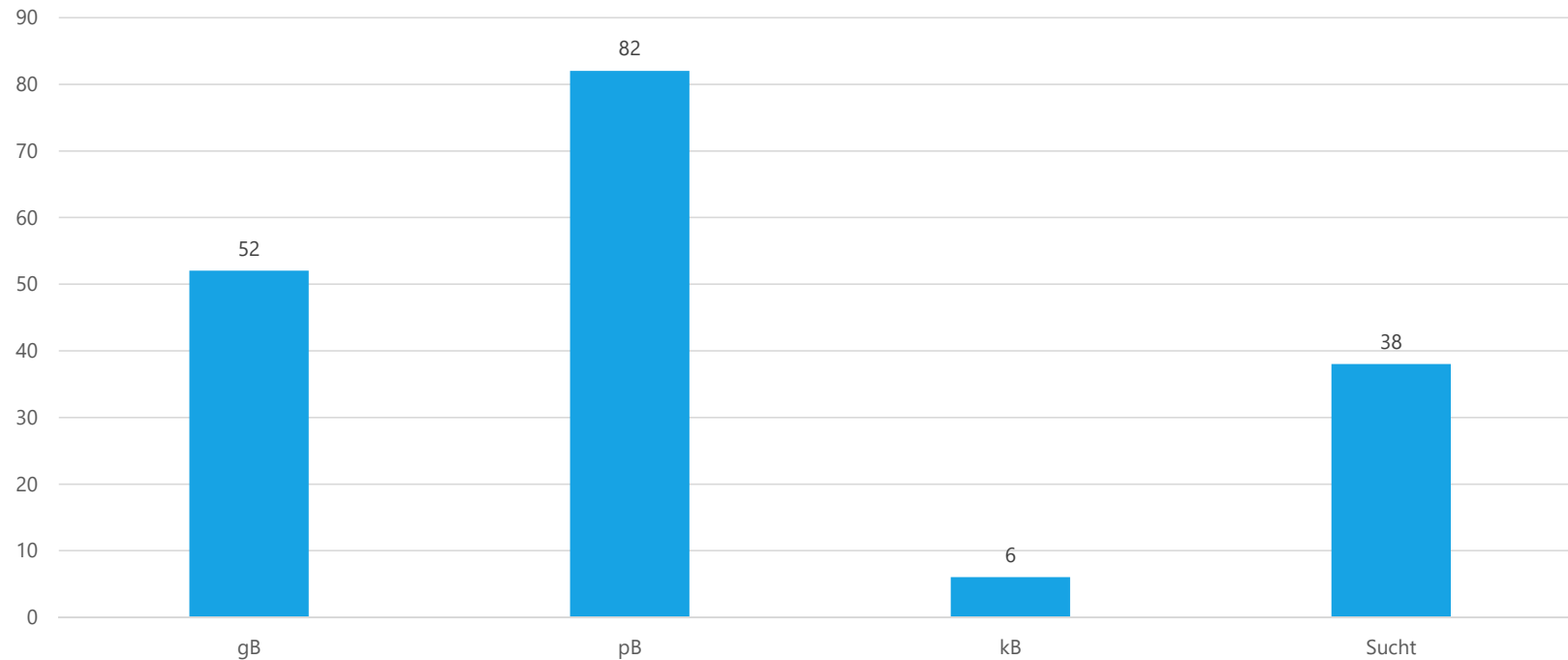


Altersstruktur der Menschen in besonderen Wohnformen



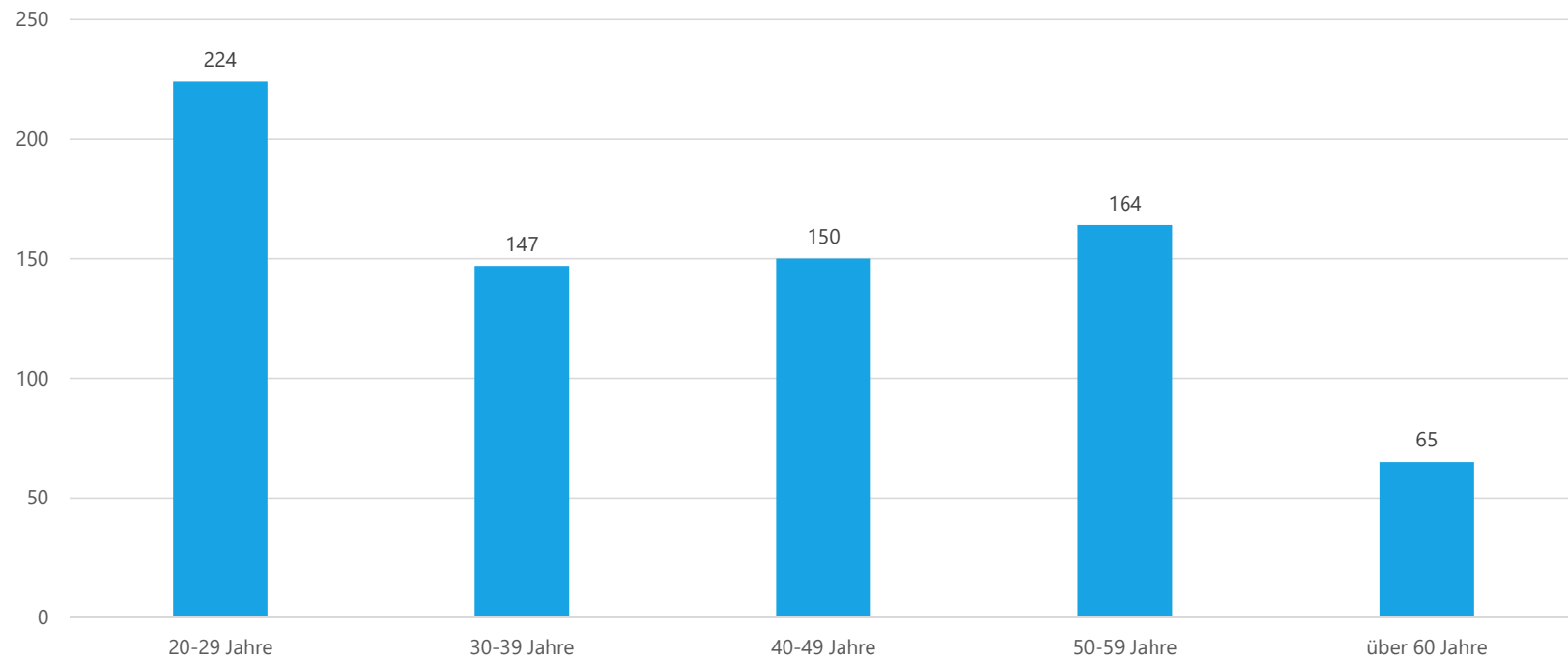
Belegung von Plätzen durch Leistungsberechtigte mit gA außerhalb des Kreis Gütersloh

Regionalisierungsquote im Kreis Gütersloh 0,61%

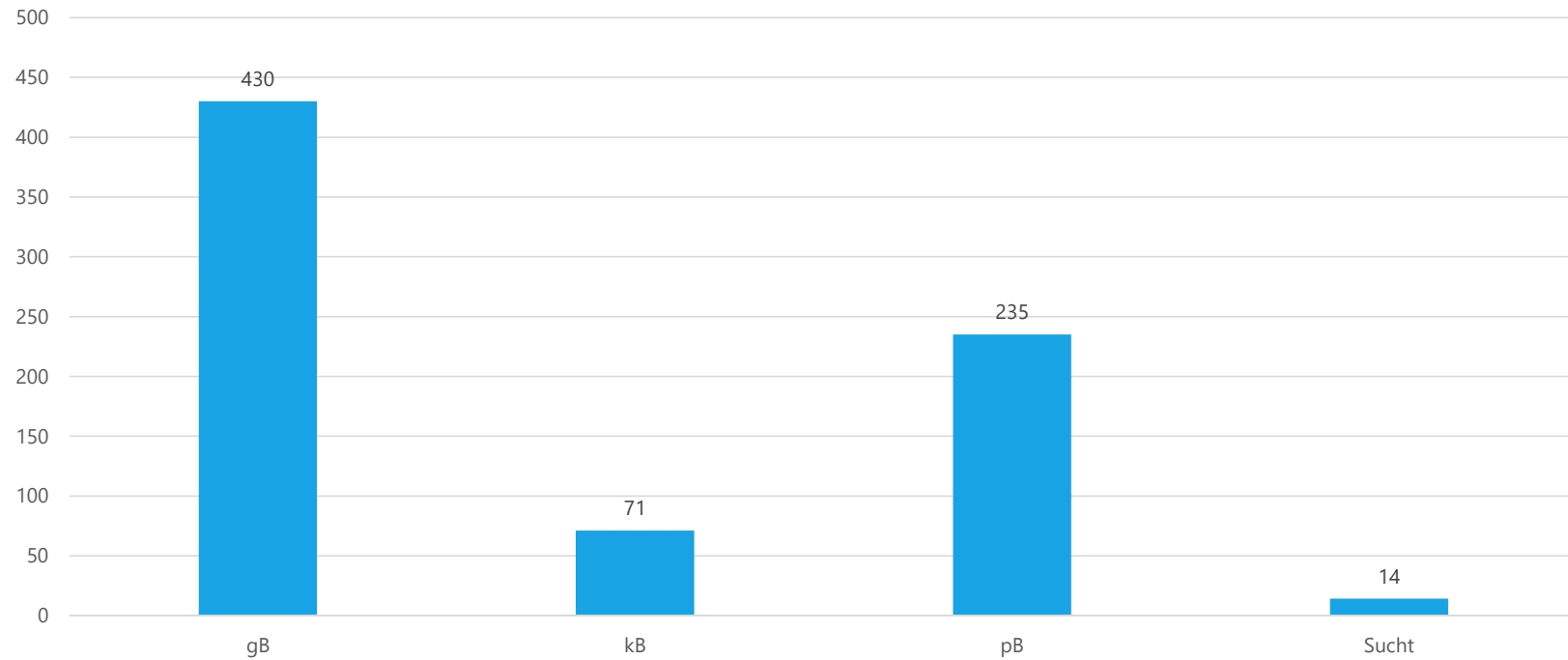


Altersstruktur Beschäftigte in WfbM ohne Wohnhilfe

763 Leistungsberechtigte gesamt

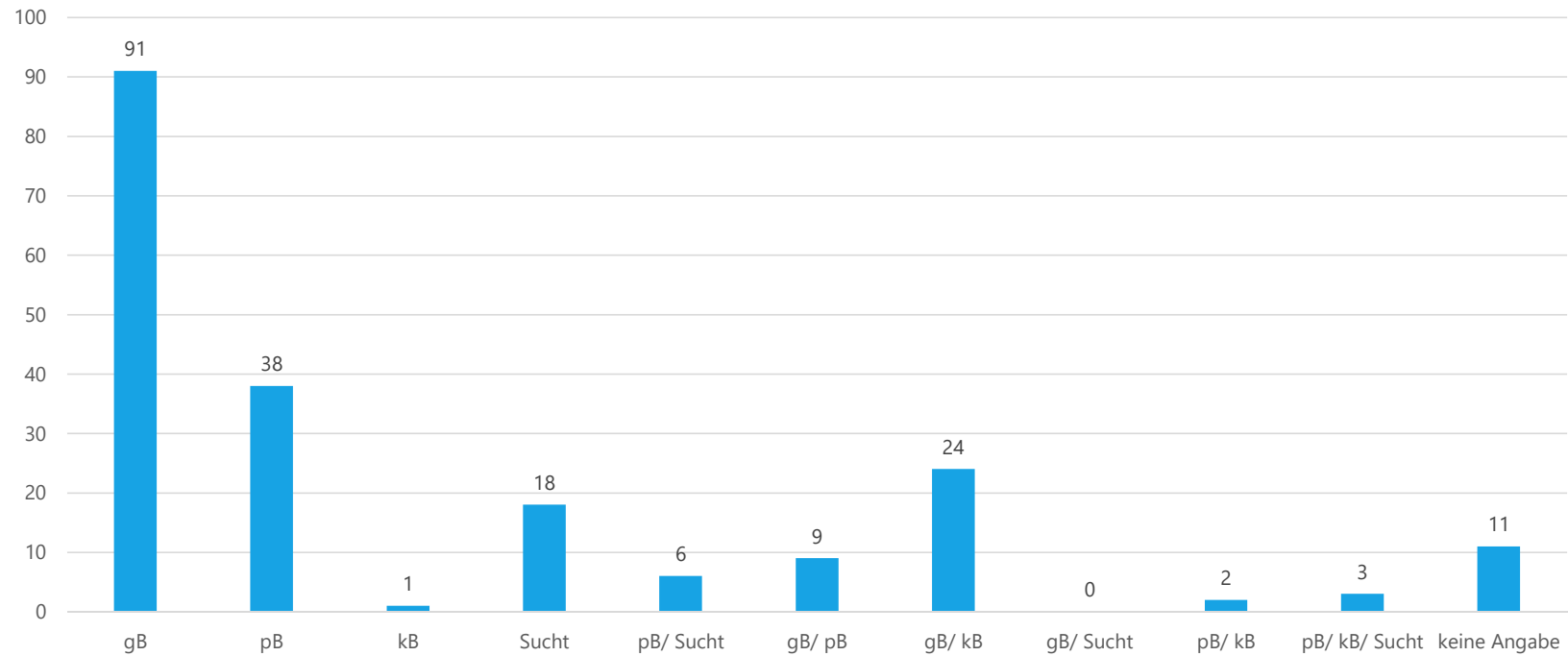


Personengruppen Beschäftigte in WfbM ohne Wohnhilfe



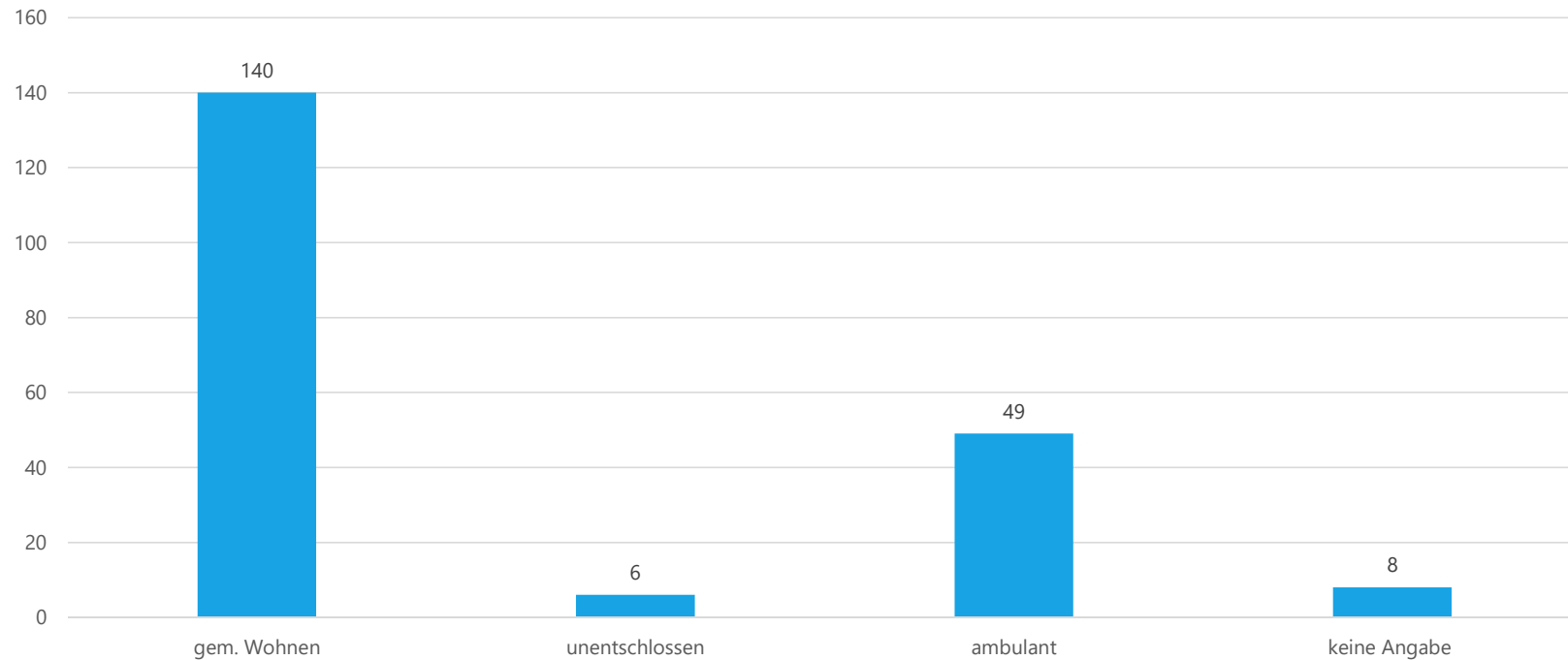
Auswertung der Wartelisten der Leistungserbringer

Personengruppen

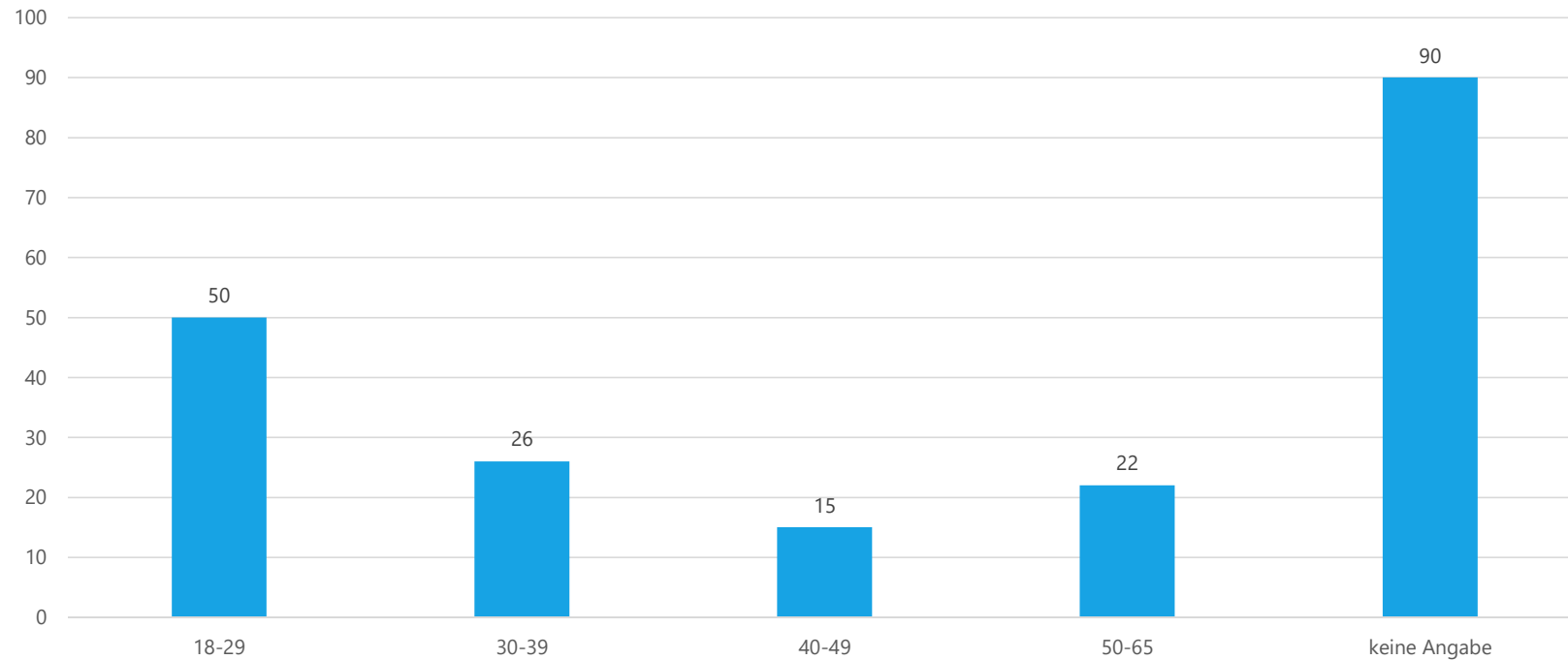


Gewünschte Wohnform

Mit gemeinschaftlichem Wohnen kann hier auch IAW gemeint sein

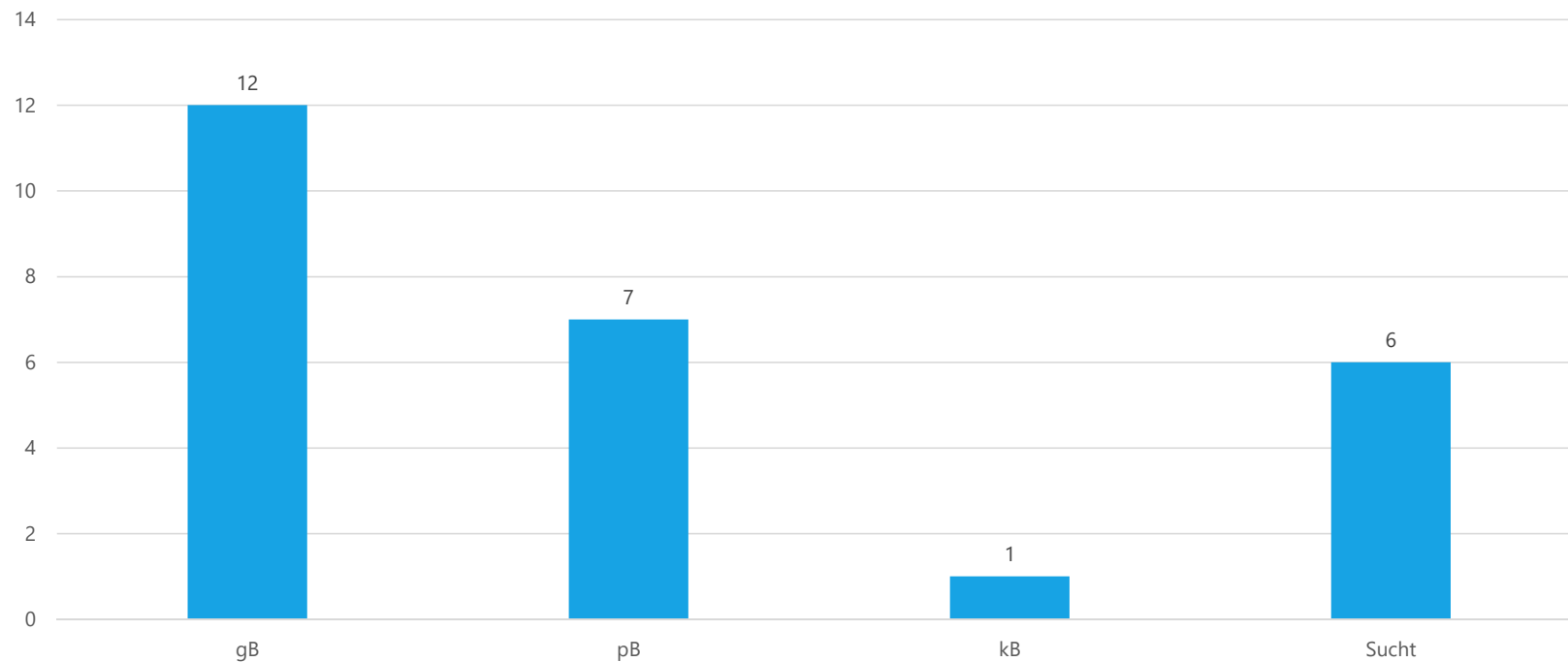


Altersstruktur der Personen auf den Wartelisten



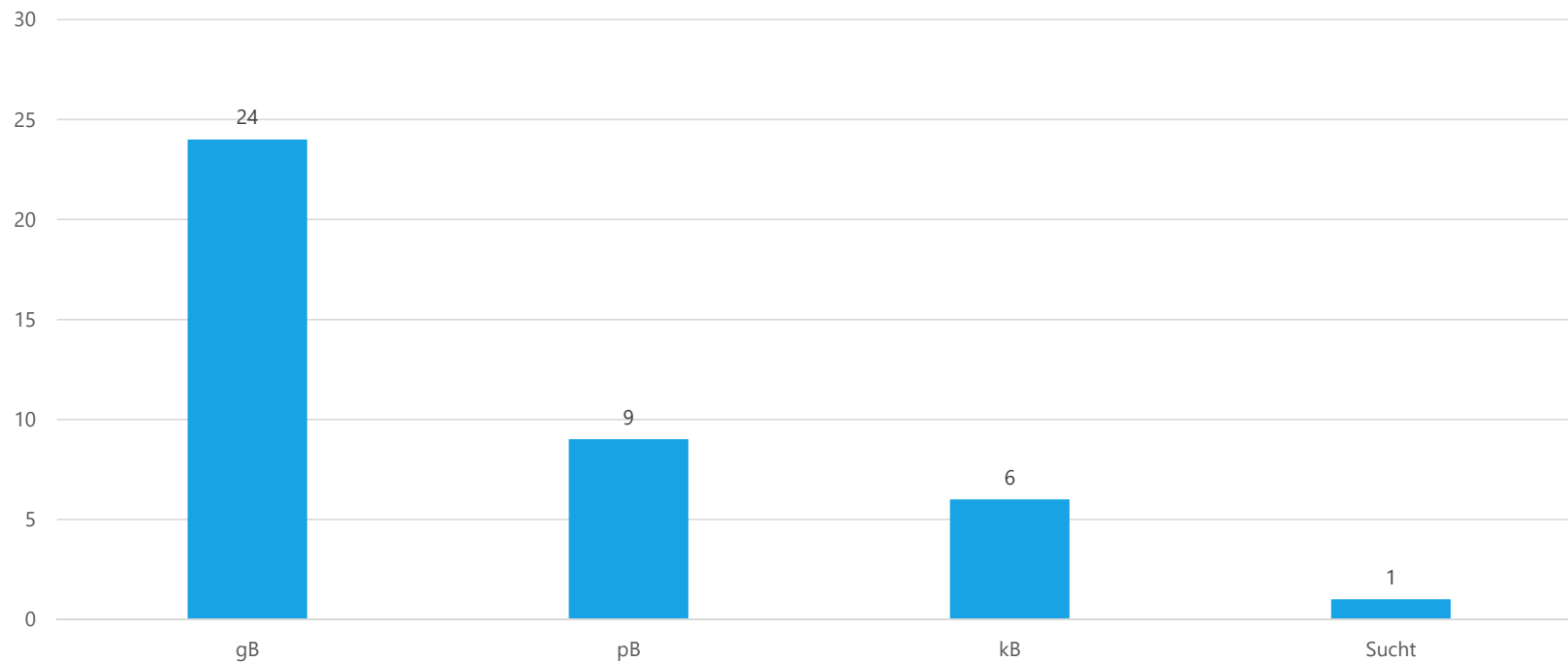
Gütersloher Bürger, die außerhalb in bes. Wohnform leben

Seit 0-5 Jahren



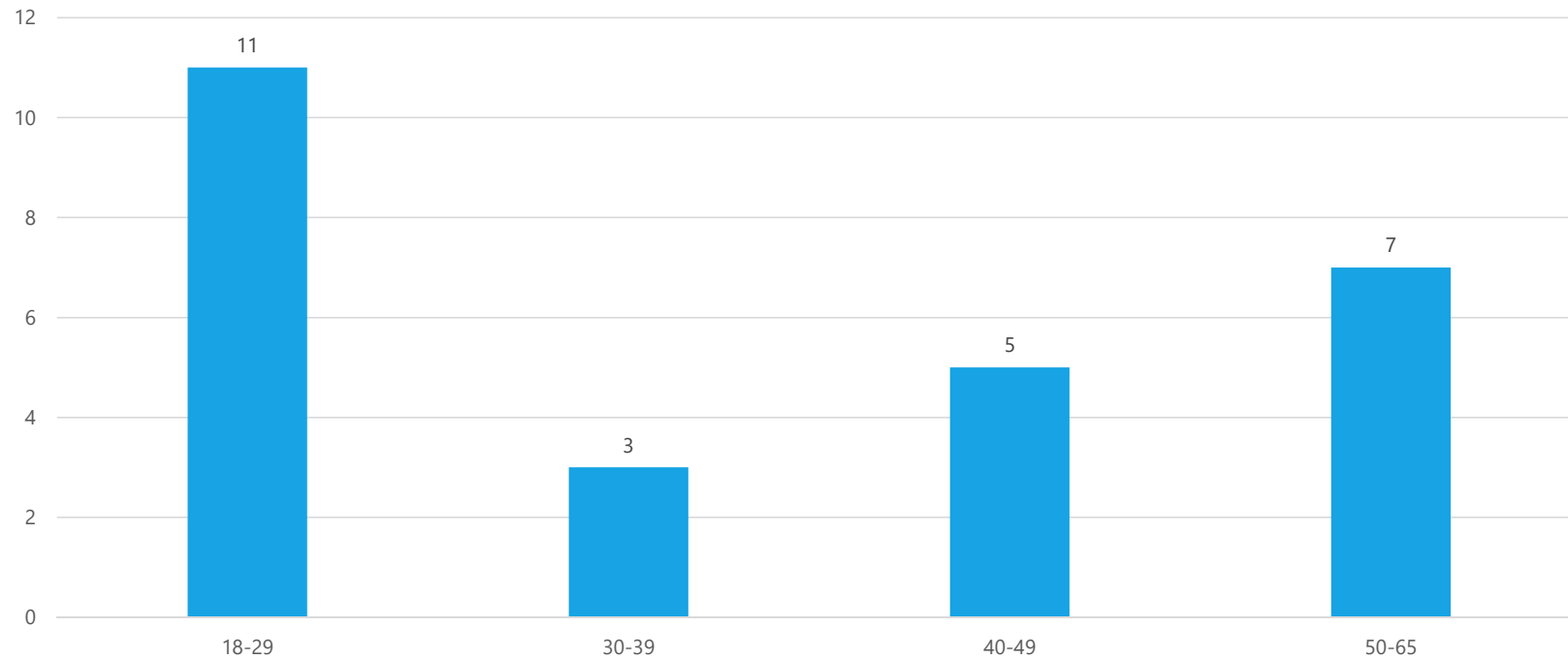
Gütersloher Bürger, die außerhalb in bes. Wohnform leben

Seit 6-10 Jahren



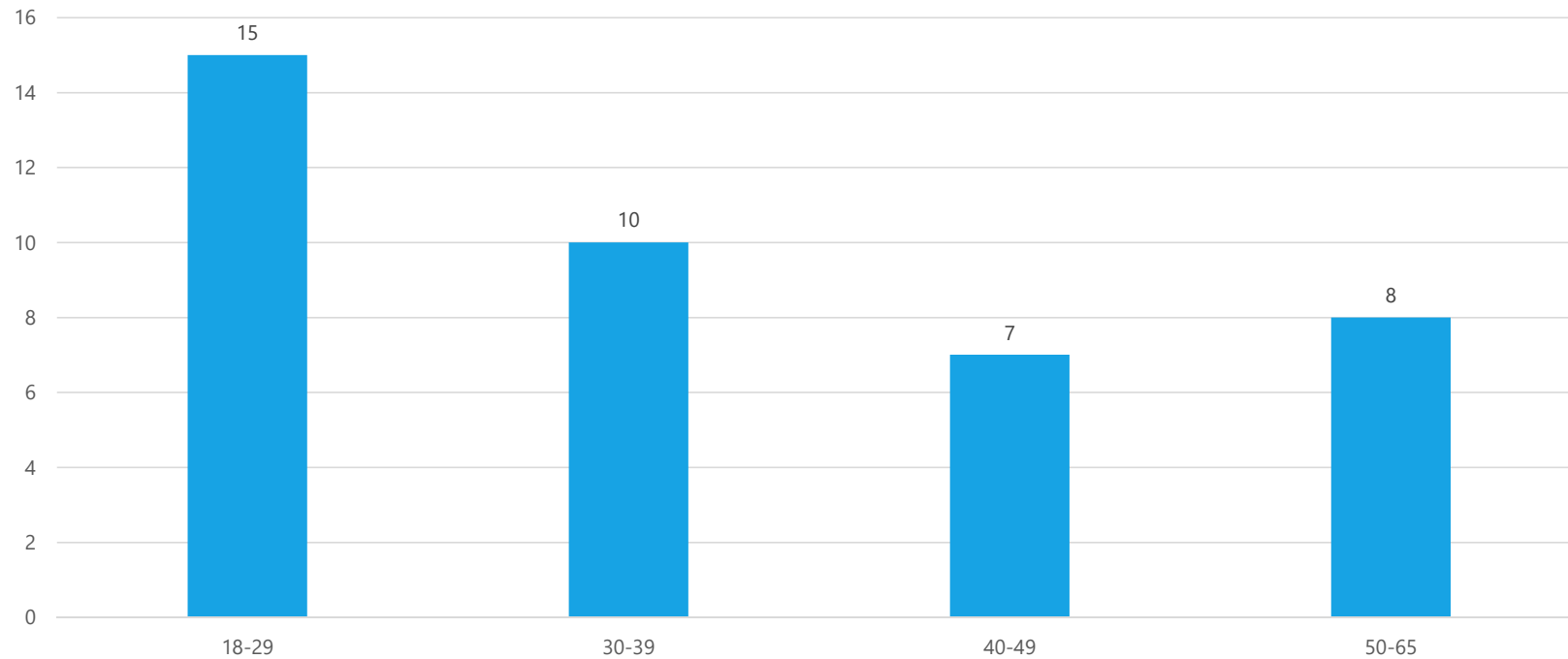
Altersstruktur der Gütersloher Bürger, die außerhalb des Kreises leben

Seit 0-5 Jahren



Altersstruktur der Gütersloher Bürger, die außerhalb des Kreises leben

Seit 6-10 Jahren



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Auf Wiedersehen.

**Landschaftsverband
Westfalen-Lippe (LWL)
Inklusionsamt soziale Teilhabe
48133 Münster**

Besuchen Sie uns im Internet: **www.lwl.org**